

F Dringlichkeits- und Initiativanträge

F.4 Rechte von Gastmitgliedern und Sympathisierenden stärken!

EinreicherInnen: Tilman Loos, Fabian Blunck, Nele Werner, Werner Kujat, Ron Hübler, Ina Leonhardt, Marco Böhme, Frederik Bartsch, Nadja Guld, René Jalaß, Daniel Knorr, Juliane Nagel, Christin Löchner, Heike Werner, Thomas Dudzak, Gregor Henker, Ferdinand Müller, Stefanie Götze, Nico Brünler, Mirko Schulze, Claudia Jobst, Falk Neubert, Kristin Hofmann, Michael Leutert, Jonas Korsch, Theresia Guld, Susanna Karawanskij

Antragsgegenstand:

Der Landesverband Sachsen unterstützt den folgenden Brief und setzt sich als Unterzeichner darunter.

Rechte von Gastmitgliedern und Sympathisierenden stärken!

Offener Brief an die Mitglieder unserer Partei und zur Kenntnis insbesondere an die Mitglieder des Parteivorstandes

Unsere Partei versteht sich nicht nur als Partei wie andere auch, sondern will – nicht nur inhaltlich – anders als alle anderen sein. Insbesondere betonen wir dabei die Offenheit gegenüber und Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Gruppen und Bewegungen.

Viele unserer Partei- und Fraktionssitzungen sind mittlerweile öffentlich. Unsere zahlreichen Arbeitsgemeinschaften auf allen regionalen Ebenen leisten zu verschiedenen Themen sehr gute Arbeit. Dabei dürfen auch Menschen, die nicht (oder: noch nicht) Mitglied unserer Partei sind, meist gleichberechtigt mitwirken. Das ist nicht nur eine Bereicherung der Kompetenz unserer Arbeitsgemeinschaften und anderen Zusammenschlüsse, sondern auch ein niedrigschwelliges Angebot an viele Menschen, unsere Partei etwas näher kennenzulernen.

Vor diesem Hintergrund sind wir mehr als enttäuscht über die Entscheidung des Bundesparteitages, die Rechte von Gastmitgliedern stark einzuschränken. Bisher konnten die Gliederungen und regionalen Verbände auch nicht-Parteimitglieder zu Delegierten machen. Die Gliederungen konnten zudem selbst entscheiden, ob sie den in ihr mitwirkenden nicht-Parteimitgliedern die Möglichkeit geben, bei den Wahlen der Delegierten in den Zusammenschlüssen auch aktives Wahlrecht auszuüben. Beides ist nun laut dem geänderten §5 unserer Satzung nicht mehr möglich.

Wir möchten als Mitglieder und Sympathisierende der Partei DIE LINKE unser Unverständnis über diese Entscheidung ausdrücken. Wir haben bisher in unserer politischen Arbeit sehr gute Erfahrungen mit den Mitwirkungsmöglichkeiten und Mitbestimmungsrechten für nicht-Mitglieder gemacht. Wir wissen zudem nicht, wie wir unseren parteilosen Mitstreiterinnen und Mitstreitern in den Arbeitsgemeinschaften, Zusammenschlüssen und Kreisverbänden diesen Beschluss des Bundesparteitages erklären sollen. Nicht zuletzt wollen wir daran erinnern, dass wir gerade auch durch die Gastmitgliedsrechte neue Mitglieder für unsere Partei gewinnen konnten.

Den Beschluss des letzten Bundesparteitags müssen wir daher als klaren Rückschritt betrachten. Wir wollen bereits jetzt aktiv dafür werben, diese aus unserer Sicht fatalen Änderungen rückgängig zu machen und auch weiterhin eine Partei zu sein, die nicht nur verbal

wirklich offen für alle und anders als alle anderen ist.

Antragsbegründung/Begründung der Dringlichkeit:

Die im Brief erwähnten Änderungen der Bundessatzung sowie die Möglichkeit, diese in ihren Auswirkungen zu Erfassen und diesen Brief zu verfassen, lagen zeitlich hinter dem Antragsschluss.

Inhaltliche Begründung

Erfolgt mündlich bzw. ist aus dem Brief zu entnehmen.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____